



Kleinmachnower Buschgraben: geplante Wohnbebauung und Landschaftsschutzgebiet.

FOTO: PRIVAT/REPRO MAZ

Abgeordnete quälen sich

BAUEN Beschluss zum Wohnbauprojekt in Kleinmachnow rückt in weite Ferne

Die Entscheidung über das Wohnbauprojekt am Kleinmachnower Buschgraben ist verschoben worden. Grund ist ein Gesinnungswandel bei SPD und Linken.

Von Jürgen Stich

KLEINMACHNOW | Die Entscheidung über eine Wohnbebauung am Kleinmachnower Buschgraben ist verschoben worden. Auf Antrag der Linken verwiesen die Gemeindevertreter am Donnerstag die Verwaltungsvorlage zur entsprechenden Änderung des Flächennutzungsplans in die Ausschüsse zurück.

Der Beschluss hätte den Weg frei gemacht, 53 Wohneinheiten im Bereich der Straße „Wolfswerder“ an der Berliner Stadtgrenze zu bauen. Ob eine Entscheidung noch vor der Kommunalwahl

am 28. September zustande kommt, ist nun offen.

Die Debatte um das Wohnbauprojekt, an dem die Familie Gérard und 18 weitere Eigentümer beteiligt sind, war im Vorfeld und auch in der Gemeindevertreterversammlung von starken Emotionen geprägt. Eine Bürgerinitiative hatte sich zu Wort gemeldet und das Gespräch mit Abgeordneten gesucht. Insbesondere SPD und Linke, die das Projekt zunächst in großen Teilen mittragen, schwenkten um. SPD-Fraktionschef Michael Scharp, der noch vor Wochen das Recht der Eigentümer auf die Umsetzung ihrer Pläne beschworen hatte, forderte nun, „eine deutlich geringere Wohnbaufläche und ein schlüssiges Verkehrskonzept“. Die Einwände der Bürger bei der Abwägung des Plans habe ihm „zu denken gegeben“, so Scharp. Er

„Die vorliegende Planung ist bereits ein Kompromiss“

W. Blasig
Bürgermeister

wolle sich später nicht vorwerfen lassen, „das letzte Grün in der Gemeinde vernichtet zu haben“. Klaus-Jürgen Warnick (Linke) wies Scharps Gesinnungswandel zwar als „nicht ehrlich“ zurück, gestand aber ein: „Ich quäle mich mörderisch, in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen.“ Warnick war es auch, der die Verschiebung des Beschlusses vorschlug. 15 Abgeordnete stimmten dem zu, 12 votierten mit Nein und zwei enthielten sich der Stimme.

Daran konnte auch nicht der Appell von Bürgermeister Wolfgang Blasig (SPD) etwas ändern, der darauf hinwies, dass es noch gar nicht um einen konkreten Bebauungsplan gehe. Außerdem seien ursprünglich sogar mehr als 160 Wohneinheiten in dem Gebiet vorgesehen gewesen, die Zahl 53, die jetzt als Ober-

grenze festgesetzt würde, sei bereits ein gangbarer Kompromiss. „Mehr als die Hälfte des Gérardschen Landes geht in das Landschaftsschutzgebiet ein und wird als Grünfläche erhalten bleiben“, so Blasig. Wenn es in den kommenden Wochen keine neuen Erkenntnisse in der Sache gibt, werde er dieselbe Beschlussvorlage erneut zur Entscheidung vorlegen, kündigte der Bürgermeister an.

Bei dem Planänderungsgebiet handelt es sich um fünf Hektar Land, das seit mehr als 100 Jahren der Familie Gérard gehört, und zwei Hektar mit weiteren Eigentümern. Weltkrieg und Mauerbau verteilten die geplante Bebauung. Alexander Gérard, der die Familie in Kleinmachnow vertritt, zeigte sich gestern „erschüttert“ über die erneute Verschiebung der Entscheidung. „Leider wurde mit sehr vielen Lügen eine negative Stimmung erzeugt“, so Gérard. Das Projekt sei zu einem Wahlkampfthema geworden.